

In meiner Brust schlagen drei Herzen.

Das erste als Bürgerin des Kreises Rendsburg-Eckernförde. Ich kann die Wut und die Enttäuschung der Bürgerinnen und Bürger im Kreis – aber vor allem in Eckernförde und den umliegenden Orten – verstehen, nachvollziehen und teilen.

Natürlich verstehe ich, dass die Eckernförder Angst haben und Nachteile fürchten. Erst die Schließung der Bauschule, dann die Schließung des Finanzamtes in Eckernförde und jetzt steht auch das Krankenhaus vor dem aus.

Als Bürgerin möchte ich natürlich eine gute gesundheitliche Versorgung im Kreis, eine wohnortnahe Versorgung, eine qualitativ hochwertige Versorgung.

Als Bürgerin kann ich auch nicht nachvollziehen wie man ein Krankenhaus - ein kommunales Krankenhaus – als nicht zukunftsfähig einschätzen kann.

Als Bürgerin finde ich, dass eine flächendeckende gute Gesundheitsversorgung ein Menschenrecht ist und dass Gesundheitsversorgung nicht rentabel sein muss und dass hierfür einfach Geld da zu sein hat.

Als Bürgerin ärgere ich mich über Steuerverschwendungen. Wer in das aktuelle Schwarzbuch sieht, kann nur wütend werden. Öffentliche Verschwendungen von Milliarden Euro Steuergeld. Die Politik hat Milliarden in sinnlose Projekte gesteckt, auch hier in Schleswig-Holstein:

Die Grünen im Schleswig-Holsteinischen Landtag störten sich beispielsweise an der Behördenbezeichnung „Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr“. Darum setzten sie durch, dass das Wort „Straßenbau“ künftig entfällt.

Eine erste Kostenschätzung durch die Regierung ergab einen Betrag von rund 210.000 Euro für die Änderung von Briefbögen, Schildern und Fahrzeugbeschriftungen. Nicht eingerechnet sind dabei die Kosten für das Personal, das die Änderungen vornehmen muss. Im Raum steht sogar die Beauftragung einer externen Werbeagentur, um eine neue Wort-Bild-Marke zu entwickeln. Das geht aus den Antworten der Regierung auf eine kleine Parlamentsanfrage hervor. Darin steht auch, dass sich an den bisherigen Aufgabenbereichen des Landesbetriebes dadurch nichts ändern soll. Viel Geld für eine Symbolpolitik ohne Wirkung.

Dieses Geld steht den wirklich wichtigen Themen wie Bildung, Pflege und Gesundheitsversorgung nicht zur Verfügung. Rausgeschmissene Steuergelder die hier fehlen.

Als Bürgermeisterin eines kleinen Dorfes schlägt mein zweites Herz. Natürlich ist Solidarität in schwierigen Situationen gefordert. Und natürlich befinden wir uns in einer wirklich schwierigen Situation.

Aber Herr Landt vom SHGT hat es in seiner Rede am Freitag bereits erwähnt.... Viele Dörfer stehen schon jetzt kurz davor ihren Pflichtaufgaben nicht mehr nachkommen zu können. Sie wirtschaften spitz auf Knopf und haben keinerlei finanziellen Spielräume. Die Aufgaben der Kommunen wie Feuerwehr, Kita, Schule, Radwege, Straßen, Spielplätze, Sportanlagen u.v.m. können von manchen Gemeinden kaum noch umgesetzt werden.

2020 haben wir die Kreisumlage um 2 %Punkte gesenkt. Dies haben wir auch getan, weil die FDP hier lange für geworben hat und wir immer wieder erklärt haben, dass die Kommunen die Gelder zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen und dass die großen Herausforderungen wie Corona oder auch inzwischen die Aufnahme von Geflüchteten oder die enorm gestiegenen Energiepreise ansonsten nicht von den Gemeinden gewuppt werden können.

Die Gemeinden sind das schwächste Glied in der Kette. Die Gemeinden sollten nicht die Zeche zahlen müssen, die eigentlich Land und Bund zahlen sollten.

Der SPD Bundes-Gesundheitsminister Lauterbach möchte eine Krankenhausreform durchsetzen. Diese Reform sieht vor, dass kleine Häuser wie Eckernförde überhaupt nicht mehr stattfinden. Diese Reform wird aber auch Krankenhäusern wie Rendsburg das Leben schwer und das Überleben fast unmöglich machen.

Auch die Gesundheitsministerin des Landes Schleswig-Holstein Frau von der Decken wird wohl unter diesen Voraussetzungen keine Notwendigkeit sehen hier Fördermittel springen zu lassen und die Imland gGmbH zu unterstützen. Sie will zwar überprüfen lassen, ob mit der Reform nicht zu sehr in Landesrecht eingegriffen wird,... aber Geld wird es wohl für Imland trotzdem nicht geben.

Ich erinnere an dieser Stelle gerne noch einmal daran, dass vor gut einem Jahr das Szenario 5 durch den Kreistag beschlossen wurde. Und ich erinnere an dieser Stelle auch noch einmal daran, dass der damalige Gesundheitsminister Heiner Garg von der FDP 50 Millionen Euro Fördermittel für die Umsetzung des Szenarios 5 bereitstellen wollte und das Geld für Eckernförde versprochen hat.

Weiter sei mir auch die Anmerkung gestattet, dass die SPD sich in den letzten 10 Jahren weder auf Kreis- noch auf Landesebene um finanzielle Mittel für Eckernförde gekümmert hat.

Nun ist Heiner Garg nicht mehr Minister und das neue Haus in Zusammenarbeit mit der Finanzministerin von den Grünen sieht keinen Grund mehr dieses Geld weiterhin bereitstellen zu wollen.

Es kann doch aber nicht Aufgabe der Dörfer und Städte im Kreis sein die Zeche zu zahlen, die vom Land und vom Bund gezahlt werden müsste.

Wir als Kreis haben einen Grundsatz:

Wir übernehmen nicht die Aufgaben des Landes und des Bundes.

Wir verpflichten uns zur Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Und damit bin ich auch bei dem dritten Herz in meiner Brust. Das Herz der Kreistagsabgeordneten, die nach diesen Grundsätzen handeln muss. Die eine weitreichende und schwierige Entscheidung zu treffen hat.

Hier zählt eben nicht nur der politische Wille sondern auch die finanziellen Möglichkeiten.

Wir können nicht einfach die Kreisumlage erhöhen, weil wir es wollen.

Wir dürfen nicht einfach so die Kreisumlage erhöhen und den Gemeinden das Geld nehmen. 1 %, 2 % das klingt nicht viel.... Aber: für eine Gemeinde wie Hohenwestedt heißt das, 90.0000 Euro mehr Kreisumlage jährlich zusätzlich. Es gibt Gemeinden die bei einer 1 %igen Erhöhung zahlungsunfähig werden und Schwierigkeiten bekommen ihren Haushalt auszugleichen.

Der SHGT hat bereits angekündigt, einen Beschluss über eine Erhöhung rechtlich überprüfen zu lassen. Die Lage ist ernst und erfüllt die Gemeinden mit großer Sorge.

Ja, wir haben die Kreisumlage 2020 um 2 % gesenkt. Aber nein, wir müssen hier nicht die Angemessenheit überprüfen.... Wie die SPD am Freitag argumentiert hat. Nicht die Kommunen,

sondern der Kreis ist Bittsteller. Die Senkung war kein Geschenk an die Gemeinden. Die Senkung bedeutet nicht, dass wir berechtigt sind die Umlage einfach so wieder von 29 auf 31 Prozent oder noch mehr zu erhöhen. Wir sind verpflichtet den Gemeinden Planungssicherheit zu geben. Wir sind verpflichtet jährlich neu zu evaluieren.

Wir Kreistagsabgeordnete müssen den ganzen Kreis im Blick behalten. Wir dürfen uns hier nicht von Emotionen und Bauchgefühlen leiten lassen.

Natürlich möchte auch die FDP das wir unsere Klinik mit beiden Standorten in kommunaler Hand behalten.

Natürlich wollen wir, dass alle Bürgerinnen und Bürger im Kreis kurze Wege in der Gesundheitsversorgung haben und natürlich wollen wir, dass ein großes, qualitativ hochwertiges medizinisch Angebot für alle Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung steht.

Wir wissen um die Situation, dass gerade der Standort Eckernförde in der Vergangenheit (und nicht nur die letzten 5 Jahre) eher stiefmütterlich behandelt wurde.

Wir wissen, dass der Verbleib der Häuser in kommunaler Hand – und ich meine hier in kommunaler Hand nur des Kreises RD-ECK nicht funktionieren wird.

Denn wir können es einfach nicht. Weiter ist die Sozietät Graf von Westphalen zu dem Ergebnis gekommen, dass der Fortführung der Imland in Trägerschaft des Kreises erhebliche rechtliche Bedenken gegenüberstehen.

Wir haben den Wagen an die Wand gefahren. Wir haben uns immer wieder eingemischt. Wir haben uns angemaßt zu wissen was gut ist und zu wissen was nicht gut ist. Wir haben Beschlüsse über Personal, Medizin, Krankenhausmanagement und allem getroffen, von dem wir keine Ahnung haben.

Aber so ist das, wenn 62 Abgeordnete aus dem Bauch heraus Entscheidungen treffen.

Ja, es gab Corona und es gibt die Energiekrise, beides hat dazu geführt, dass das dünne Eis auf dem wir uns Jahre lang bewegt haben letztlich gebrochen ist und wir in die Zahlungsunfähigkeit, in die Insolvenz gerutscht sind.

Daher warne ich davor tatsächlich noch weiter daran zu denken, dass wir es weiterhin bei uns behalten sollten.

Der Geschäftsführung die Schuld in die Schuhe zu schieben sehe ich auch sehr kritisch.

Denn gerade die Geschäftsführung der Imland ist erst seit kurzer Zeit dabei und ist eigentlich erst an Bord gekommen als das Schiff bereits anfang zu sinken. Eine Schuld bei Herrn Funk und bei Herrn Kiens zu suchen ist daher nicht gerechtfertigt.

Natürlich kann eine kommunale Lösung eine gute Lösung sein. Dann brauchen wir allerdings einen starken guten Partner.

Dies kann das Städtische Krankenhaus Kiel sein, das muss es aber nicht. Wir sollten hier nichts überstürzen. Natürlich ist es gut, dass das Städtische Krankenhaus Kiel Interesse an einer Fusion hat. Das uns vorliegende Gutachten zeigt allerdings auch auf, dass für den Kreis erhebliche Risiken bei

einer Fusion mit Kiel bestehen. Diese Punkte müssen vor einer Zusammenführung erst einmal geklärt werden.

Egal wie: Es sollte bei einer kommunalen Lösung zunächst das Insolvenzverfahren durchlaufen und dann gestärkt auf Brautschau gegangen werden.

Denn auch die anderen Häuser aus dem 6K-Verbund können Partner werden. Heide, Itzehoe, das Westküstenklinikum, das FEK oder eben das Städtische Krankenhaus Kiel. Hier sollte sich aber doch etwas mehr Zeit genommen werden um alle Möglichkeiten zu sichten und sich dann zu entscheiden.

Es kommt aber auch eine private Lösung in Frage.

Als Kreis sind wir verpflichtet die stationäre Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sicher zu stellen. Dies müssen wir nicht zwangsläufig selbst machen. Dies können wir auch einem privaten Anbieter übergeben.

Sollte es einen privaten Investor geben, der gewillt ist die marode Klinik zu übernehmen und viele Millionen Euro in Sanierung und Konzept zu stellen, wäre der Kreis nicht mehr finanziell belastet. Ganz im Gegenteil. Wir hätten eine sanierte Klinik mit einem privaten Investor, der uns die Aufgabe der stationären Gesundheitsversorgung im Kreis abnimmt.

Privat heißt nicht gleich, dass es schlecht ist, so wie es hier gerne dargestellt wird.

Privat heißt nicht, dass die Lösung nicht langfristig oder nachhaltig wäre.

Privat heißt nicht, dass Mitarbeiter Nachteile haben.

Privat heißt natürlich, dass das Krankenhaus angehalten ist wirtschaftlich zu arbeiten. Dies können diese Häuser aber nur, wenn sie sich gegenüber der großen Konkurrenz behaupten können.

Dies können sie nur dann, wenn sie ein großes medizinisches Angebot vorhalten und dazu hervorragende medizinische Leistung vollbringen.

Das können sie nur, wenn sie qualifiziertes Personal haben und das auch entsprechend gut bezahlen. Denn wir wissen; Derzeit befinden wir uns in einem arbeitnehmerfreundlichen Arbeitsmarkt. Betriebe müssen für sich werben um gutes Personal für sich gewinnen zu können. Das können sie nur indem sie ein gutes Arbeitsumfeld, gute Bezahlung und ein gutes Betriebsklima bieten.

Es gibt Kreise die überhaupt keine kommunalen Krankenhäuser mehr haben, wie beispielsweise Ostholstein. Ostholstein hat mehrere private Träger und ist damit sehr glücklich.

Es ist also mitnichten so, dass private Anbieter die Schreckgespenster sind, als die sie hier gerne dargestellt werden.

Wer bereit ist ein Krankenhaus zu kaufen und wer bereit ist einen nicht unerheblichen Millionenbetrag zu investieren, dem ist daran gelegen nachhaltig und langfristig am Markt zu existieren.

Selbst der Arbeitskreis Imland und der Wirtschaftskreis Eckernförde haben inzwischen erklärt, dass es letztlich unerheblich ist, ob ein Weiterbetrieb mit einem privaten oder öffentlichen Träger möglich wird, entscheidend ist die Versorgungssicherheit in der Region Eckernförde/Schwansen/Kappeln.

Und da haben sie recht.

Und auch die Mitarbeiter der Klinikstandorte benötigen Sicherheit und eine Perspektive für die Zukunft. Diese Zukunftsperspektive kann durch den Verbleib der Klinik in Kreishand nicht hinreichend sichergestellt werden.

Auch die von der Geschäftsführung vorgeschlagene Brückenlösung, ist keine langfristige Perspektive für die Zukunft die mehr als 2 Jahr im Voraus gedacht ist.

Wir sollten alle Optionen im Hinblick auf Konzept und Versorgungssicherheit prüfen und uns nicht von vornherein einer Option verschließen.

Nachdem wir nun am vergangenen Freitag sichere Zahlen auf den Tisch gelegt bekommen haben, kann unseres Erachtens der Verbleib der Klinik in kommunaler Hand nahezu ausgeschlossen werden.

Für den Verbleib der Klinik in kommunaler Hand müsste der Kreis 115 Millionen Euro aufbringen. Dies ist dem Kreis nicht möglich.

Gläubigerbefriedigung, Brückenlösung, Gesellschafterbeiträge 2023 bis 2027, Liquiditätspuffer und eine anstehende Steuernachzahlung ergeben insgesamt 115 Millionen Euro.

Wir können uns den Betrag natürlich noch schön rechnen, indem wir sagen, dass von den 115 Millionen ja 16 Millionen Liquiditätspuffer sind, die vielleicht nicht unmittelbar gebraucht werden - aber vorgehalten werden müssen sie trotzdem um den Betrieb der Klinik nicht zu gefährden.

Wir können auch sagen statt 50 Millionen Gläubigerbefriedigung nehmen wir nur 50 % davon. Dann sind es 25 statt 50 Millionen, aber auch dann kommen wir immer noch auf einen Betrag von 74 Millionen Euro.

Und eigentlich ändern sich die Zahlen täglich, so dass überhaupt nicht davon ausgegangen werden kann, dass diese Zahlen auch wirklich das Ende der Fahnenstange sind oder ob hier nicht vielleicht doch noch höhere Beträge in Ansatz gebracht werden müssen.

Ein Nachtragshaushalt in gewünschter Höhe macht daher überhaupt keinen Sinn. Denn dieser Betrag wird wohl auf keinen Fall reichen und wir werden dann noch einen weiteren Nachtragshaushalt beschließen müssen. Wir versperren uns damit den Weg für eine private Lösung ohne dass wir wissen bei welchem Betrag wir am Ende landen werden.

Besonders schwierig ist hier natürlich die Tatsache, dass wir heute, zum jetzigen Zeitpunkt, noch gar keine Angebote kennen. Die Frist läuft erst heute ab. Daher ist es voreilig und verantwortungslos eine kommunale Trägerschaft zu avisieren und durchsetzen zu wollen ohne die Angebote zu kennen, die von den Privaten Trägern aufgerufen werden.

Kommunale Trägerschaft ist ohne Mittel von Bund und Land für einen Kreis wie Rendsburg-Eckernförde und seine zugehörigen Gemeinden ohnehin nicht zu tragen.

Der Kreis hat in der Vergangenheit 10 Jahr gebraucht um 40 Millionen Euro Schulden abzubauen. In den Jahren war es nicht möglich Investitionen durchzuführen. Gelitten haben darunter die Schulen, die Feuerwehr, die Straßen u.s.w. Bei 115 Millionen werden wir 30 Jahre lang Schulden abbauen müssen.

Es ist sehr schwer und sehr traurig, dass wir jetzt hier stehen wo wir stehen. Einem Nachtragshaushalt werden wir nicht zustimmen.

FDP Kreistagsfraktion Tina Schuster 13. März 2023